

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Durchschrift

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

14 (44) — 522 00 — Ste 125/82

Bonn, den 30. April 1982

An den
Herrn Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Betr.: Gesetz über steuerliche und sonstige Maßnahmen für
Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität (Beschäfti-
gungsförderungsgesetz — BeschäftFG)

BT-Drucksachen 9/1400, 9/1488, 9/1500, 9/1507, 9/1508

BR-Drucksachen 90/82 (neu), 90/82 (Beschluß),
131/82 und 131/82 (Beschluß)

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 26. März 1982 verabschiedeten Gesetz, dem der Bundesrat in seiner 511. Sitzung am 30. April 1982 nicht zugestimmt hat, die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes zu verlangen.

Die Bundesregierung begehrt die Vermittlung mit dem Ziel einer weitestgehenden Wiederherstellung des Gesetzesbeschlusses des Deutschen Bundestages unter Beschränkung auf die Regelungsgegenstände des Beschäftigungsförderungsgesetzes.

Namens der Bundesregierung bitte ich, den Vermittlungsausschuß zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzuberufen.

Schmidt

An den
Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Die Durchschrift meines heutigen Schreibens an den Herrn
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses übersende ich mit
der Bitte um Kenntnisnahme.

Schmidt